

Ramelow will Krenz nicht in der Partei

Bad Salzungen/Erfurt – Der Thüringer Spitzenkandidat der Linken, Bodo Ramelow, hat sich von Bestrebungen, den früheren SED-Generalsekretär Egon Krenz wieder in die Partei auf-

zunehmen, distanziert. Im *stz*-Interview widersprach Ramelow aber nicht den Äußerungen von Krenz und vom Linke-Vorsitzenden Lothar Bisky, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen und es habe keinen Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze gegeben. Ramelow unterschied dabei zwischen politischen und juristischen Begriffen. *stz* ► **SEITE 2**

„Die DDR war kein Unrechtsstaat“

stz-Interview | Linke-Spitzenkandidat Bodo

Ramelow zur neuen Nähe der Partei zu Egon Krenz

Bad Salzungen/Erfurt – Unter der Überschrift „Krenz-Truppen machen mobil“ berichtete *Spiegel-online* vor wenigen Tagen über den Wunsch vieler Mitglieder der Partei Die Linke, den ehemaligen SED-Generalsekretär und wegen Totschlags verurteilten Egon Krenz wieder aufzunehmen. Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Linken, erklärte, der Beschluss, wonach Krenz aus der Partei ausgeschlossen worden sei, gelte natürlich weiter, aber selbstverständlich habe er einen Draht zu ihm, „dem Egon“.

Die Parteizeitung *Neues Deutschland* hat unlängst eine Lesung mit Egon Krenz veranstaltet, und der Kreisvorsitzende von Nordvorpommern, Rolf Zaspel, wird von *Spiegel-online* mit dem Spruch zitiert: „Wir sind die Fans von Egon Krenz.“ Es existiert ein schriftlich vorgebrachter Wunsch der Basis, Egon Krenz möge wieder in die Partei aufgenommen werden.

Krenz behauptet übrigens genauso wie der jetzige Parteichef Lothar Bisky, einen Schießbefehl habe es in der DDR nicht gegeben. Bisky sagte letzte Woche dem Fernsehsender „Phoenix“, ein Unrechtsstaat sei die DDR nie gewesen.

Zu diesem Komplex hat die *stz* im Superwahljahr und im Gedenkjahr 2009 Fragen an den Linkspartei-Spitzenkandidaten Bodo Ramelow sowie an die Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (ehemaliger IM und für parlamentsunwürdig erklärter Parlamentarier mit Abgeordnetenbüro in Bad Sal-

zungen) und Mike Nothnagel (Steinbach-Hallenberg) gestellt. Geantwortet hat Ramelow. „Die Herren Kuschel und Nothnagel“, so Wolfgang Albold, Mitarbeiter des Vorstands in Thüringen, „schließen sich dieser Beantwortung vom Inhalt an, auch wenn sie sicherlich die eine oder andere Nuance aus der Sicht eines ostdeutschen Bürgers anders gewählt hätten. Das betrifft aber wirklich nur den Ausgangspunkt. Inhaltlich werden die Antworten von allen drei Herren vollständig getragen.“

Wie ist Ihr Verhältnis zu Egon Krenz und anderen ehemaligen Politgrößen der DDR?

Bodo Ramelow: Zuerst muss prinzipiell festgestellt werden, dass die DDR ein souveräner Staat in der Völkergemeinschaft war. Von den Olympischen Spielen bis zu allen internationalen Gremien war diese real existierende DDR vertreten. So ist es wenig verwunderlich, dass ich als Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu den „Politgrößen“ der DDR überhaupt kein Verhältnis hatte. Herrn Krenz kannte ich nicht persönlich, sondern wie alle anderen führenden Menschen der DDR waren sie mir lediglich aus den Medien bekannt. Ich darf aber darauf hinweisen, dass der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß ein sehr persönliches Verhältnis zu den Mitgliedern des Staatsrates und Politbüros der DDR hatte. Historisch belegt das auch, dass Herr Kohl privat Thüringen be-

suchte und formell Kontakte zu den Führungsverantwortlichen der DDR hatte. Herr Barschel soll regelmäßig privat und dienstlich in der DDR aus- und eingegangen sein. Die SPD-Führung hat mit der SED-Führung sogar gemeinsame Erklärungen ausgearbeitet. Dies alles umfasst mein historisches Wissen und so gestaltet sich mein Verhältnis zu den Personen der Zeitgeschichte eben nur aus politischem Interesse. Erwähnt sei an dieser Stelle der Artikel 1 Abs. 1 des Beitrittsvertrages des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland. „Keine natürliche oder juristische Person in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Französischen Republik darf ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltes wegen der politischen Haltung, die sie bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung zur Saarfrage bekundet hat, durch irgendwelche allgemeinen oder besonderen Maßnahmen der öffentlichen Gewalt in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Diese Bestimmung bezieht sich insbesondere auf die Freiheit, die Sicherheit, das Eigentum und die Ausübung eines Berufes.“ Die deutsche Teilung basiert auf dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, die bedauerlicherweise von Deutschen begangen wurde. Der 2. Weltkrieg und die daraus resultierende europäische Teilung ist traurige Realität durch die Verbrechen Hitlerdeutschlands geworden. Die Alliierten haben Europa und Deutschland geteilt und anschließend

in zwei souveräne Staaten entlassen. Ich bin froh, dass der Kalte Krieg in Deutschland nie zum heißen Krieg wurde. Ich bin froh, dass in Point Alpha für die nachgeborene Generation besichtigt werden kann, wie nah unser Land am atomaren Erstschlag vorbeigeschrammt ist. Ich bin froh, dass es eine friedliche Wiedervereinigung gab und dass neben den aktiven Bürgerrechtlern der DDR auch besonnene SED-Verantwortliche mitgewirkt haben an der Entwaffnung der „bewaffneten Organe“.

Ob Herr Krenz an dem letzten Satz Anteil hatte, entzieht sich meiner Kenntnis. Der letzte Regierungschef Hans Modrow hat nachweislich entsprechende Befehle der Entwaffnung zu verantworten gehabt.

Sollte die Linke Egon Krenz wieder aufnehmen?

Ich beteilige mich nicht an Spekulationen oder Phantastereien. Die PDS-SED hat auf ihrem Umbenennungsparteitag öffentlich wahrnehmbar mit den Prinzipien des Stalinismus auf Dauer gebrochen. Auf diesem Parteitag haben die Delegierten für ihre Partei um Entschuldigung für Menschenrechtsverletzungen und drastische Fehlentwicklungen in der DDR bei der Bevölkerung der DDR gebeten. Im März hat dann der Parteivorstand noch einmal ausdrücklich um Entschuldigung bei den Christinnen und Christen der DDR gebeten. Infolge dieser Beschlüsse wurde eine größere Anzahl von Mitgliedern des Politbüros aus

Fortsetzung nächste Seite

Südthüringer Zeitung
vom 26.02.2009

der Partei ausgeschlossen. Zu diesen gehörte auch Egon Krenz. Bis heute hat er nichts unternommen, um unsere Partei zu einer Neupositionierung zu veranlassen. Ganz im Gegenteil, mit der Parteibildung WASG-PDS zur Partei Die Linke wurde der Bruch mit dem Stalinismus noch einmal bekräftigt und das Bekenntnis zur Verantwortung der SED zu den oben genannten Fehlentwicklungen erneuert. Deshalb stellt sich die Frage nach einer Wiederaufnahme gar nicht. Erwähnt sei allerdings, dass die Blockparteien nichts Entsprechendes vollzogen haben und dass auf dem letzten CDU-Bundesparteitag im Vorfeld der Versuch unternommen wurde, die Existenz der Blockparteien zu negieren. Erstaunlich ist, dass die Rolle der Bauernpartei und die Aufnahme der Bauernpartei in die CDU Deutschlands in den Dokumenten nicht einmal erwähnt wird.

Wie ist Ihre Position zum Schießbefehl?

Auf die Nahtstelle des Kalten Krieges zwischen DDR und BRD habe ich hingewiesen. Zu erwähnen ist, dass die DDR über ein hochleistungsfähiges Ausbildungssystem in den 50er und 60er Jahren verfügte. Die Fachkräfte aus der DDR waren beliebte Abwerbungsobjekte und die Wanderungsbewegung zwischen Ost und West war nicht nur politisch motiviert, sondern orientierte sich häufig auch an materiellen Anreizen. Tatsache ist, dass bis zum 30. Juni 1990 Bürger der DDR in der BRD sofort das Arbeitslosengeld eines durchschnittlichen Facharbeiters West erhielten. Die Währungs- und Wirtschaftsdifferenz zwischen Ost und West führte dazu, dass staatlich subventionierte Waren der DDR in Größenordnung täglich entzogen wurde. Dieses führte zu der Begründung der aus meiner Sicht trotzdem nicht akzeptablen Grenzerichtung zwischen Ost und West. Die Grenze war legitim. Die Mittel der Grenzsicherung waren es aus meiner Sicht nicht. Die martialische Härte dieser Grenze richtete sich am stärksten gegen die eigene Bevölkerung.

Aber zur Grenzsicherung scheint es auf der ganzen Welt

immer ähnliche Vergatterungsmuster für Militärs zu existieren, die bewaffnet die Grenzen absichern sollen. Die real existierende Grenze zwischen DDR und BRD war allerdings so ausgerichtet, dass sie die Bürger des Ostblocks am Verlassen ihrer Länder durch Waffenandrohung, Selbstschussautomaten, Sprengminen, Sperrgittern, Hundes usw. hindern wollten. Dies wurde zu einer tödlichen Gefahr für jeden Menschen, der sich auf internationale Standards des Selbstbestimmungsrechts berufen wollte und seinen Wohnort in ein anderes Land verlegen wollte. Entweder wurde er nach dem formellen Antragstellen innerhalb der DDR schikaniert oder so lange drangsalieren, bis er resigniert den Antrag zurückzog. Dies war traurige Praxis und mancher Bürger wollte das nicht über sich ergehen lassen und nahm die militärische Gewaltandrohung in Kauf. Ob der „Schießbefehl“ allerdings als zwingende Todesandrohung im strafrechtlichen Sinne gewertet werden kann, darf mittlerweile bezweifelt werden. Richtig ist aber, dass die tägliche Vergatterung an den Waffen bei den Grenztruppen als Anordnung, mit eben selbiger Waffe den „Grenzdurchbruch“ zu unterbinden, verstanden werden musste. Durch die Form der Posteneinteilung und durch das gezielte Säen von Misstrauen waren aber Grenzsoldaten häufig mit dieser Situation überfordert. Diese wechselseitige Angst lässt sich schwerlich mit dem Begriff „Schießbefehl“ hinreichend qualifizieren. Dass die DDR aber ohne Wissen oder gar gegen die Anordnung der Sowjetunion diese Grenzsicherung aufgebaut hätte, wäre einfach nur historisch als Unsinn zu bezeichnen.

Der Kalte Krieg war gespickt mit Provokationen, die immer nah am atomaren Wahnsinn vorbeischlitterten. Kuba-Krise, Korea-Krise, Vietnam sind genauso zu erwähnen wie das permanente Hochrücken und der Versuch, die jeweils andere Seite militärisch irgendwann zu überflügeln. Die Zivilbevölkerung war in der Regel das Opfer dieses Prozesses. Deshalb ist für mich die ganze Grenzsicherung in ihrer unmittelbaren Härte ein inakzeptabler Ausdruck ge-

nau dieser Zeitperiode. Ich bin froh, dass dies nachdrücklich vorbei ist und wäre froh, wenn vergleichbare Grenzen auf der Welt abgebaut werden würden. Deshalb unterstützen wir auch als Partei Die Linke unsere Partnerpartei auf Zypern. Der Präsident Zyperns, der unserer Partnerpartei angehört, tritt genau dafür ein, dass die innerzyprische Grenze abgebaut wird.

Würden Sie sagen, die DDR war ein Unrechtsstaat?

Die Definition, was der Begriff „Unrechtsstaat“ aussagen soll, ist schwer fassbar. Meine Kollegin Gesine Lötzsch hat die Bundesregierung nach deren Definition gefragt und bekam für die Bundesregierung erläutert, dass dieser Begriff unbestimmt sei. Er ist wohl eher ein politischer Begriff und lässt sich mit juristischen Definitionen nicht fassen. Ich habe in meinem letzten Schriftsatz beim Oberverwaltungsgericht Köln darauf hingewiesen, dass ich die DDR nach meinem Verständnis nicht für einen Rechtsstaat gehalten habe. Aber dass ich den politischen Begriff „Unrechtsstaat“ nicht verwenden würde. Zum Beispiel hat die DDR keine justiziablen Wege geöffnet, wie der Staatsbürger der DDR sich gegen Entscheidungen von Behörden oder Verwaltungen hätte juristisch wehren können. Also das klassische Verwaltungsrecht. Dafür hat man aber die Eingabeverordnung der DDR erlassen. Dies halte ich für keinen rechtsstaatlich adäquaten Ersatz. Aber das Arbeitsgesetzbuch der DDR war als Gesetzestext in seiner Gesetzeslogik wesentlich besser und schlüssiger als die entsprechenden, völlig unübersichtlichen Vorschriften aus Westdeutschland. Das sagt nichts über die Anwendungspraxis des AGB in den DDR-Betrieben. Aber die Gesetzestexte kann man sehr wohl nebeneinander stellen, prüfen und feststellen, dass es im AGB oder im ZGB ja sogar im Baugesetzbuch der DDR wesentlich stringenter Gesetzestexte gab wie die entsprechenden aus der BRD, die heute gelten.

2009 ist nicht nur ein Superwahljahr, sondern auch das Jahr des 20. Jubiläums des Mauerfalls. Ist die Geschichte der DDR und der deutsch-deutschen Teilung

Ihrer Meinung nach zur Genüge aufgearbeitet? Wo sehen Sie eventuelle Defizite?

Die Geschichte der deutsch-deutschen Teilung ist nie zur Genüge aufgearbeitet. Sie muss als historische Arbeit weiter betrieben werden. Sie darf nur 20 Jahre danach nicht als politische Waffe gegen Andersdenkende eingesetzt werden. Es wäre also auch wünschenswert, wenn über Polytechnik oder Poliklinik genauso selbstverständlich geforscht und berichtet würde wie über das System Stasi, Mauer oder in der Sowjetunion Arbeitslager und Gulag. Das Jahr 2009 hat nicht nur das Jubiläum des 20. Jahrestages des friedlichen Mauerfalls, sondern auch der Weimarer Republik, des Acht-Stunden-Tages, des Frauenwahlrechtes. Wir müssen uns deshalb mit Deutschland im historischen Kontext der europäischen Irrungen und Wirrungen des vergangenen Jahrhunderts auseinandersetzen. Ich halte es aber mit Brechts Kinderhymne: Dass ein besseres Deutschland blühe.

Wird die Nähe etlicher Parteimitglieder zu ehemaligen Genossen wie Krenz zum Problem im Wahljahr oder ist sie gar von Nutzen?

Ich nehme die angedeuteten Sympathieäußerungen aus dem Lebensumfeld von Egon Krenz zur Kenntnis. Offenkundig sind die von Ihnen benannten Menschen alle aus der regionalen Nähe, in der Egon Krenz lebt beziehungsweise immer schon gelebt hat. Ich wüsste also nicht, dass man Herrn Krenz heute öffentlich verurteilen müsste oder ihn gar dauerhaft an einen medialen Schandpfahl binden müsste. Er stand vor Gericht, ist verurteilt worden und hat seine Haft abgesessen. Das ist zeithistorisch einfach zu akzeptieren. Wenn ich Herrn Schabowski in den diversen Talkshows sehe und wenn ich das ohrenbetäubende Schweigen zu Herrn Schalck-Golodkowski höre, weiß ich nicht, wie Sie die Frage gemeint haben. Die Partei hat sich jedenfalls zu Herrn Krenz aktuell nicht verhalten und Herr Krenz hat bei der Partei um keine Aufnahme gebeten.

Interview: Christoph Witzel

KOMMENTAR Standpunkt verweigert

Von Christoph Witzel

Die Linkspartei hat ein Problem. Ihre Chancen, bei der Thüringer Landtags- und bei der Bundestagswahl gut abzuschneiden, stehen derzeit nicht schlecht, was die unterschiedlichsten Gründe hat. Aber 2009 ist nicht nur ein Superwahl-, sondern auch ein Jubiläumsjahr – vor zwanzig Jahren fegte eine friedliche Revolution in Deutschland nicht nur eine tödliche Grenze, sondern einen ganzen Staat hinweg, die Diktatur der SED. Da könnte die Annäherung, die viele Genossen an der Parteibasis (und nicht nur da) an ehemalige Spitzenleute eben jener SED derzeit betreiben, manchen potenziellen Linke-Wähler abschrecken.

Zu welchem Drahtseilakt das die Parteivorderen führen kann, zeigt das heutige stz-Interview mit Bodo Ramelow. Dass man mitunter weiter ausholen muss, wenn man eine Argumentation vorführen will, ist legitim. Aber hinter so manchem Argumentationsbausch verbirgt sich doch auch ein schaumschlägerisches Lavieren. Ramelow distanziert sich von dem Wunsch etlicher Genossen, Egon Krenz wieder in die Partei aufnehmen zu wollen. Aber er distanziert sich nicht von Aussagen von Krenz, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen und es habe keinen Schießbefehl gegeben. Kann er auch gar nicht, denn dann würde er sich auch von seinem Parteivorsitzenden Lo-

thar Bisky distanzieren, der das Gleiche behauptet wie Krenz.

Stichwort Unrechtsstaat: Das sei wohl eher ein politischer Begriff und kein juristischer. Nun, von einem Politiker müsste man aber schon einen politischen Standpunkt dazu erwarten können. Den verweigert Ramelow. Und seine Hinweise auf das Arbeits- und das Baugesetzbuch der DDR wird den Opfern der Diktatur wie Hohn in den Ohren klingen. Stichwort Schießbefehl: Auch hier zieht sich der Thüringer Spitzenkandidat aufs Juristische zurück. Eine „zwingende Todesandrohung im strafrechtlichen Sinne“ sei das wohl nicht gewesen. Der weite historische Kontext, den Ramelow in diesem Zusam-

menhang ausführt, dürfte nicht nur den Angehörigen der Grenztoten wenig die Frage nach dem Warum erklären. Die allermeisten DDR-Bürger hatten Angst vor der Grenze; sie wussten: Würden sie sie überschreiten wollen, könnte sie das ihr Leben kosten.

Nicht nur Frank Kuschel und Mike Nothnagel, die sich ihm „vollinhaltlich“, wie man so schön sagt, anschließen, sind Antworten schuldig geblieben, auch Ramelow selbst hat klare Positionen hinter vielen Worten zu verbergen gesucht. Ob die Linke auf diese Weise ihre Chancen bei Wählerinnen und Wählern, die lesen und denken können, erhöht, kann man getrost bezweifeln.